



AfD-Fraktion

im Rat der
Stadt Leverkusen

Postfach 220186
51322 Leverkusen
info@afdfraktion-lev.de

Herrn
Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, den 6.7.2026

Haushaltsbegleitbeschluss zur Vorlage Nr. 2026/0300

(Erlass der Haushaltssatzung 2026 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2026 bis 2038 sowie mittelfristiger Finanzplanung)

10-Punkte-Sofortprogramm zur Vermeidung von Steuererhöhungen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt ergänzend zur Haushaltssatzung 2026 folgende verbindliche Leitlinien und Maßnahmen für die weitere Haushaltskonsolidierung:

1. Konsequenter Personalabbau

Es gilt ein sofortiger Einstellungsstopp und eine Wiederbesetzungssperre für sämtliche freiwerdenden Stellen. Ausnahmen werden nicht weiter zugelassen. Der Personalabbau darf zudem nicht durch externe Beauftragungen, Dienstleister oder sonstige Fremdvergaben ersetzt werden.

2. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit reduzieren

Die Haushaltsansätze für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marketing sowie repräsentative Kommunikationsmaßnahmen werden auf 50 Prozent des bisherigen Umfangs reduziert.

3. Gebäudeleerstände abbauen

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche leerstehenden oder dauerhaft untergenutzten städtischen Gebäude schnellstmöglich zu veräußern, zu vermieten oder anderweitig wirtschaftlich zu verwerten.

4. Kommerzialisierung von Schloss Morsbroich

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2026 die Voraussetzungen für eine Einstellung des defizitären Museumsbetrieb in Schloss Morsbroich zu prüfen und dem Stadtrat stattdessen ein Konzept zur kommerziellen Nutzung vorzulegen.

5. Zuschüsse an soziale Träger reduzieren

Nicht gesetzlich zwingende Zuschüsse sowie allgemeine Investitionshilfen für soziale Träger werden um 50 Prozent reduziert.

6. Bewachung von Asylunterkünften neu organisieren

Gesonderte Bewachungsleistungen für Asylunterkünfte werden eingestellt. Notwendige Sicherheitsmaßnahmen sind künftig ausschließlich innerhalb bestehender kommunaler Strukturen und im Rahmen des Hausmeisterdienstes zu gewährleisten.

7. Externe Flüchtlingsbetreuung beenden

Externe Betreuungs-, Beratungs- und Integrationsleistungen im Flüchtlingsbereich werden eingestellt, soweit hierfür keine zwingende gesetzliche Verpflichtung besteht.

8. Ideologische Klima-Projekte einstellen

Alle klimapolitisch motivierten Projekte ohne nachweisbaren Nutzen für die kommunale Daseinsvorsorge werden beendet. Dies betrifft insbesondere Fassadenbegrünungen, Entsiegelungsprogramme, zusätzliche Klimamanagementstrukturen, Fahrradbeauftragte sowie vergleichbare Maßnahmen.

9. Gleichstellungsbüro auf Pflichtaufgaben beschränken

Das Gleichstellungsbüro wird auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestumfang zurückgeführt. Freiwillige Projekte und zusätzliche Stellen entfallen.

10. Corporate Governance bei städtischen Gesellschaften konsequent anwenden

Geschäftsführerverträge städtischer Beteiligungsgesellschaften sind künftig ausnahmslos nach den Vorgaben des Corporate-Governance-Kodex abzuschließen. Dies gilt ausdrücklich auch für Wiederbestellungen von Geschäftsführern.

Begründung:

Die Stadt Leverkusen befindet sich in ihrer schwersten Haushaltskrise seit Jahrzehnten. Die laufenden Einnahmen und Ausgaben gehen immer weiter auseinander und die Verschuldung hat ein Rekordniveau erreicht. Die von CDU, SPD und FDP beschlossene Grundsteuererhöhung löst dieses strukturelle Problem nicht, sondern verschafft der Verwaltung lediglich zusätzliche Einnahmen, ohne die ausgabenseitigen Ursachen der Haushaltsmisere zu beseitigen. Damit wird das grundsätzliche Ausgabenproblem des städtischen Haushalts aber nicht gelöst, sondern nur neue Schlupflöcher beim verordneten Sparkurs für die Verwaltung eröffnet.

Ein nachhaltiger Haushaltsausgleich kann nur durch konsequente Ausgabenkritik erreicht werden. Solange freiwillige Leistungen, Doppelstrukturen, überhöhte Verwaltungsstandards und verzichtbare Prestigeprojekte fortgeführt werden, sind weitere Steuererhöhungen den

Bürgern nicht zuzumuten. Unsere oberste Priorität muss aber den Leverkusener Steuer- und Gebührenzählern gelten!

Der Rat muss deshalb der Stadtspitze und zuständigen Finanzverwaltung klare politische Leitplanken setzen. Vorrang haben künftig die Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben, eine sparsame Mittelverwendung und der Abbau dauerhaft defizitärer Strukturen. Der städtische Personalbestand, freiwillige Förderprogramme, ideologisch motivierte Projekte sowie entbehrliche Verwaltungs- und Beratungsstrukturen müssen angesichts der finanziellen Lage zurückgeführt werden. Dafür muss auch mit internen Personalumsetzungen und der raschen Einführung digitaler Verwaltungsvorgänge und KI-Assistenzen gearbeitet werden.

Besondere Einsparpotenziale bestehen nach Auffassung der AfD-Fraktion zudem im Bereich der Sozialindustrie, im Konkreten bei Zuschüssen für Einrichtungen der externen Sozial- und Flüchtlingsbetreuung. Auch die extrem kostspieligen Bewachungsleistungen für Flüchtlingsheime sind den Bürgern angesichts der Haushaltslage nicht mehr vermittelbar. Desweiteren sehen wir große Einsparpotentiale bei den Kosten für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit sowie bei den Ausgaben für den städtischen Immobilienbestand. Ebenso ist es nicht länger vertretbar, wertvolle Vermögensgegenstände wie Schloss Morsbroich dauerhaft als Zuschussobjekte zu betreiben, wenn ein wirtschaftlicher Verkauf dieser und anderer Immobilien zur Schuldentilgung beitragen könnte.

Der Haushaltsbegleitbeschluss verfolgt daher das Ziel, die Verwaltung verbindlich auf einen härteren Konsolidierungskurs auszurichten. Steuererhöhungen dürfen stets nur das letzte Mittel sein. Vorrang muss eine konsequente Ausschöpfung aller kommunalen Einspar- und Wirtschaftlichkeitspotenziale haben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Yannick Noe'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Yannick' written in a larger, more prominent script than the last name 'Noe'.

Yannick Noe
Fraktionsvorsitzender